

Die Wirtschaft soll die Eltern entlasten

Ausserfamiliäre Kinderbetreuung ist im Kanton Zürich Sache der Gemeinden, die Kosten tragen primär die Eltern. Mit einer Initiative sollen jetzt auch die Unternehmen zur Kasse gebeten werden.



Die Argumente des Komitees Kinderbetreuung Ja. (Bild: Ennio Leanza / Keystone)

wbt. · Rund 120 Millionen zusätzliche Franken will die Alternative Liste mit ihrer Initiative «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle» zur Finanzierung von ausserfamiliären Betreuungseinrichtungen aufbringen. Dies sollen die Unternehmen bezahlen mit einer Abgabe von 2 Promille auf ihre AHV-pflichtige Lohnsumme. Dafür soll nach dem Muster welscher Kantone ein Fonds eingerichtet werden. Die Initiative wird nicht nur von linker Seite unterstützt. Die BDP hat bereits die Ja-Parole gefasst, die GLP hat Stimmfreigabe beschlossen. In der CVP hat sich jedoch nur eine einzige Delegiertenstimme für die Initiative gefunden. Es sind einzelne Persönlichkeiten aus eher bürgerlichen Kreisen, die sich dem Unterstützungskomitee angeschlossen haben: Mit Ellen Ringier von der Stiftung Elternsein sind am Mittwoch die Volketswiler Nationalrätin und Schulpräsidentin Rosmarie Quadranti (bdp.) und die Eglisauer Gemeindepräsidentin Ursula Fehr (svp.) für das Anliegen vor den Medien eingetreten.

Sie stellten sich hinter das von Kantonsrat Markus Bischoff (al., Zürich) vorgestellte Anliegen, mit den Mitteln aus dem Fonds allen Gemeinden zu ermöglichen, «genügend, qualitativ gute und für die Eltern bezahlbare Betreuungsangebote» zu finanzieren. Für Bischoff stellen die grossen Unterschiede zwischen den kommunalen Angeboten und Preisen eine Ungerechtigkeit dar. Während in Zürich für knapp 40 Prozent der Vorschulkinder ein Angebot bestehe, sei das in Hinwil nur bei gut

4 Prozent der Fall. Solange die Gemeinden allein zuständig seien für die Finanzierung, ändere sich daran nichts.

Einig waren sich die Befürworterinnen, dass die Wirtschaft, die von einem guten Betreuungsangebot profitiere, sich an den Kosten beteiligen solle. Im Kanton Zürich tragen die Eltern durchschnittlich rund zwei Drittel der Betreuungskosten. Das sei vor allem für Familien im Mittelstand, die nicht von subventionierten Plätzen profitierten, zu teuer. Nationalrätin und IT-Unternehmerin Jacqueline Badran (sp., Zürich) wies darauf hin, dass alle ihre Mitarbeitenden mit Kindern zu viel verdienten, um von Subventionen zu profitieren, aber zu wenig, damit sich ihre Arbeit nach Abzug der Betreuungskosten noch ausbezahle. Zu den positiven Effekten der Initiative gehöre, dass sie den Lohndruck senke.

Für Ellen Ringier, die sich nach eigener Angabe ein Berufsleben lang dafür eingesetzt hat, dass sich Erwerbsarbeit für beide Eltern lohnt, sind erschwingliche Kitas zusammen mit Tagesschulen die Hauptpfeiler der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und das Fundament einer effizienteren Chancengleichheit. Rosmarie Quadranti ortete im Kanton Zürich vor allem bei der schulergänzenden Betreuung Nachholbedarf. Für Ursula Fehr, die als Teilzeit arbeitende Mutter aus einer «Übergangsgeneration» noch auf Unverständnis gestossen war, sind Krippen und Berufsarbeit beider Partner heute eine Selbstverständlichkeit, die es zu unterstützen gilt. Kantonsrätin Karin Fehr Thoma (gp., Uster) betonte, es hänge wesentlich von der Qualität des Angebots ab, ob Eltern die Betreuungsangebote auch nutzten. Deshalb ziele die Initiative auch darauf ab, dass die Aus- und Weiterbildung des Personals gefördert werde.